

# Posener Zeitung.

Nº 172.

Freitag den 27. Juli.

1849.

Wir ersuchen die Herren Landräthe und Wahl-Commissarien des Großherzogthums Posen, das Ergebnis der am 27sten d. Mts. stattgehabten Wahlen geneigt uns schleunigst mittheilen zu wollen. Die Red.

Berlin, den 26. Juli. Se. Majestät der König haben Aller- gnädigst geruht: den Gerichts-Direktor Böttcher zu Gostyn zum Direktor des Kreisgerichts zu Schrimm zu ernennen; und dem hiesigen praktischen Arzte Dr. Rintel sen. den Charakter als Sanitäts-Rath zu verleihen.

Der Kaiserlich Brasilianische außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister am hiesigen Hofe, Barboza da Silva, ist von Hamburg hier angekommen.

## Deutschland.

CC Berlin, den 24. Juli. Es ist schon vielfach nachgewiesen, daß es im constitutionellen Staate ein Unding sei, von Minoritätswahlen zu sprechen, und aus geringerer Betheiligung der Urwähler auf geringere Gültigkeit oder Bedeutung solcher Wahlen schließen zu wollen. So lange die Wahl eben nur ein Recht der Staatsbürger ist, nicht auch eine erzwingbare Pflicht, muß der, welcher sich der Wahl enthält, einfach als ein der erschienenen Majorität bestimmender betrachtet werden. Die Motive des Ausbleibens müssen dabei allezeit unberücksichtigt bleiben, und es kann daraus nicht einmal ein richtiger Rückschluss auf die öffentliche Meinung gemacht werden. Denn jeder Partei im Lande, welche in entschieden anerkannter Minorität sich befindet, würde es leicht sein, durch die zufällige Coalition mit der großen Zahl von Urwählern, welche aus andern Hinderungsgründen an der Wahl sich nicht betheiligen, die Wahlen als sogenannte Minoritätswahlen erscheinen zu lassen. So ist es diesmal in Preußen gegangen. Interessant wäre es für die ganze Monarchie eine Uebersicht der Betheiligung bei den Wahlen vom 22. Januar mit dem Resultate der diesmaligen Wahlen zu vergleichen. Wir wollen heute nur diese Vergleichung für die Stadt Berlin geben, erinnern aber daran, daß auch das vorige Mal bereits die auffallendsten Beispiele sehr geringer Betheiligung auf dem Lande in allen Provinzen vorliegen haben. So ist uns namentlich bekannt, daß in der Wahlbezirk Merseburg die Aufmerksamkeit auf sich zog, in dem von 206 Urwählern einer Gemeinde am Wahltage nur 2 erschienen waren.

Am 22. Januar haben in Berlin von 79,008 Urwählern nur 63,145 gewählt, 15,863 blieben beim Wahlacte aus. Es fehlten also aus gewöhnlichen Hinderungs Gründen ohne nachweisbare politische Motive etwa 20 Prozent. Diesmal betrug die Anzahl der Urwähler 76,900. Rechnet man davon 20 Prozent ab, 61,000 übrig, welche durch Wahl oder Nichtwahl ihre politische Gesinnung manifestieren wollten. Von diesen haben 35,200, also weit mehr als die Hälfte gewählt, mithin kann thatsächlich von Minoritätswahlen für die Stadt Berlin nicht die Rede sein. In 100 Wahlbezirken haben sich überdies auch mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten wirklich betheiligt und nur in 179 Bezirken haben solche, wie oben gezeigt, schenbare Minoritätswahlen stattgefunden. Das Verhältnis stellt sich jedoch noch ganz anders, wenn man für die Vergleichung mit den vorigen Wahlen hinstrengungen gemacht wurden, außer den Parteigenossen auch alle Schwankenden und Gleichgültiger zu der Betheiligung Apathie anzutreiben, — daß diesmal die politische Zeit überhaupt mehr zugenumommen hat, daß die Sommergehindert sein läßt, und daß die öffentliche Abstimmung — der ungewohnte ehrliche Kampf mit offinem Blicke — eine sehr große Anzahl Gewerbetreibende zurückgehalten hat, aus Furcht, es mit der einen oder andern Partei ihrer Kundschaft zu verderben. Diese Momente alle zusammengefaßt, wird man nicht schärflich, wenn man nach dem Maßstab der Betheiligung bei den vorliegenden Wahlen annimmt, daß diesmal aus nicht politischen Gründen etwa 40 Prozent am Wahltage ausgeblieben sind. Dann aber erscheint, daß nur etwa 20 Prozent der Berliner Urwählerschaft standes durch Wahl-Abstinentz mitgemacht haben; wir rechnen also, daß von 79,000 Urwählern höchstens 15,000 Demokraten, oder von Demokraten Befürwortern waren.

Der Inhalt der telegraphischen Depesche, welche die Uebergabe der Festung Rastatt auf Gnade und Ungnade meldet, ist eine große Genugthuung für das Preußische Kriegsministerium, welches, wie wir wissen, von Anfang an gegen jeden ernstlichen Angriff und gegen eine Belagerung dieser Festung im Widerspruch mit den an Ort und Stelle weilenden Generalen sich ausgesprochen hat, wo bei dasselbe sicher von der Ansicht geleitet wurde, daß eine Besatzung von einer solchen Zusammensetzung, wie die der gedachten Festung, es nicht auf das Neuerliche würde ankommen lassen, auch die Ehre einer Belagerung gar nicht verdiente, und der Aufwand an Kräften und Menschenverlust nicht gerechtfertigt erscheine, um eine Festung zu zerstören, deren Wiederherstellung wie deren Erbauung, von Preußen getragen werden müste.

Im vorwähnten Jahre stellte die Centralgewalt an den General von Wrangel die Forderung, den Krieg in Dänemark schnell und mit einem Schlag zu beenden. Man fand das lächerlich, und erinnerte an den Kampf des Löwen mit dem Hasen, und jetzt wundert man sich, daß der General v. Prittwitz den

Krieg nicht energischer geführt und nicht glücklicher beendet habe. Die öffentlichen Blätter schreien über Verrath und richten Angriffe in dieser Beziehung theils gegen den General v. Prittwitz, theils gegen die Preußische Regierung. Wir stehen nicht an, zu behaupten, daß keinem denkenden Militär bis jetzt klar geworden ist, wie der Krieg mit Dänemark auf militärische Weise zu einer Entscheidung hätte geführt werden können; die Hauptverbindungsstraße läuft an der Ostseite des Landes von Rendsburg nach Aarhuus und weiter; sie umgeht die tiefen Meereseinschnitte an den westlichsten Punkten derselben, und ein vorrückendes Corps bietet somit Flanke und Rücken dem Gegner Preis, der die Herrschaft auf dem Meere ausübt. Die, in gerader Linie gemessen, 54 Meilen lange, Küste von Kiel bis Aarhuus ist fast überall zugänglich, fast überall können selbst Kriegsschiffe bis auf wenige hundert Schritte sich dem Lande nähern, und auf vielen Punkten können solche Schiffe sogar an Landungsbrücken anlegen. Je weiter man nach Norden vordrückt, je größer wird die Zahl solcher gefährlicher Landungspunkte, deren Wegnahme durch den Feind die innere Verbündung unterbricht, je mehr sind die rückwärts liegenden Depots, Bagage, Lazarette u. s. w. gefährdet, je mehr Truppen müssen daher zur Sicherung solcher Punkte zurückbleiben. Die Dänen haben aber nicht allein den Vortheil, sich die Landungspunkte beliebig wählen zu können, sondern auch die Zeit dazu beliebig bestimmen zu können, da sie auf den nahe gelegenen Inseln Fünen und Alsen ihre Truppen und Fahrzeuge versammeln und fast ohne Rücksicht auf Wind und Wetter überlegen können. In dieser Beziehung sind daher die Übergangspunkte Sonderburg und Friedericia die wichtigsten. Der General v. Prittwitz konnte nicht früher über Apenrade vorgehen, als bis der Übergangspunkt Sonderburg durch die Verschanzungen bei Düppel verschlossen war. Eben so wenig konnte er mit seiner Hauptmasse über Veile und Horsens vorgehen, bis ein Gleiches bei Friedericia statt gefunden hatte. Auf dem Südwelt wurde diese Verschließung durch Verschanzungen gestoppt. Den Auftrag Friedericia zu maskiren erhielt der General von Bonin. Er ging einen andern Weg als man bei Sonderburg eingeschlagen, er schloß Friedericia eng ein, zog schweres Geschütz, über welches er als Generalissimus der schleswig-holsteinischen Armee disponieren konnte, von Rendsburg an sich, begann ein feuchtes Bombardement, und war in Begriff zu einer formalen Belagerung überzugehen, als das Ereignis vom 6. Juli eintrat. Die Gefahr lag darin, daß die nördlichen Einfallsstruppen nur einen Rückzugsweg in ihrer rechten Flanke hatten, indem hier der Sandsford tief in das Land einschneidet, und daß man das Belagerungsmaterial so nahe an die Festung herangebracht hatte, daß man auf einen ernstlichen Kampf eingehen mußte, wenn man dasselbe bei einem Ausfälle nicht Preis geben wollte.

Der General v. Bonin betrat diesen gefährlicheren Weg gegen den Willen und die Absicht des Generals v. Prittwitz. Wir machen keinem von beiden daraus einen Vorwurf. Der General v. Bonin stützte sich auf die moralische Überlegenheit seiner Truppen über seinen Gegner, welcher sich bis dahin im Angriff noch gar nicht, und in der Vertheidigung ziemlich matt gezeigt hatte. Es war ein falscher Calcul, worin seine eigene Bravour als Hauptfaktor erscheint. Weniger brav zu sein aber konnte der General v. Prittwitz unmöglich s. inem Unterbefehlshaber befahlen. Dieser Irrthum ist der Schlüssel zu den Ereignissen von Friedericia.

General v. Prittwitz rückte unterdessen bis über Aarhuus hinaus weiter vor; die Dänen wichen überall vor ihm zurück, und am 5. Juli ging bei ihm die Nachricht ein, daß sich der General Rye mit den 4 letzten Dänischen Bataillonen von Helgenäs nach Fünen eingeschiff habe. Der General v. Prittwitz machte hier von sofort dem Gen. v. Bonin Mittheilung, die diesem auch  $\frac{1}{2}$  Stunde vor Beginn des Gefechtes zinging, und ordnete sofort an, daß die Divisionen der Generale Diedrichs und Wynecken zur Unterstützung des General v. Bonin nach Kolding marschierten. Sie kamen leider zu spät, der Schlag war geschehen. Ein schnelleres und entschiedeneres Vorrücken des Generals von Prittwitz nach Jütland hätte in dieser Beziehung kein anderes Resultat haben können. Dennoch wurde es vielfach gefordert, weil man glaubte, der Krieg würde dadurch schneller und glücklicher haben beendet werden können. Wir sind anderer Meinung. Die Dänen würden freilich schneller und entschiedener gewichen sein, der einzige Gewinn aber wäre der gewesen, daß man Requisitionen von Lebensmitteln, Geld und Pferden noch weiter in Jütland hinein hätte beitreiben können. Einerseits aber hätte das nur zu Raubzügen geführt, die der preußischen Waffenherrschaft unwürdig gewesen wären, und andererseits hätten sich sicher die Inseldänen durch ein solches Ausrauben Jütlands nicht zu einem schnelleren Frieden zwingen lassen. Wer das glaubt, kennt nicht die Zähigkeit und Starrheit des dänischen Volkscharakters. Ein solches Ausrauben hätte nur den Haß gegen die Deutschen gesteigert, und die Friedensunterhandlungen erschwert. Einem Feinde, dem man wie hier, in dem Mittelpunkte seiner Kraft nicht beizukommen vermag, kann man den Frieden nie auf unbedingte Weise dictieren, und man wird sich daher in solchen Fällen mit dem Erreichbaren genügen lassen müssen, so lange, bis die Mittel geschaffen sind, das innerste Leben des Gegners zu treffen. Dänemark kann nur besiegt werden von einem Gegner, der eine Flotte besitzt. Haben wir eine solche, so werden wir andere Bedingungen stellen können.

— Gestern Abend sind in den verschiedenen Wahlabtheilungen

die Versammlungen der Wahlmänner fortgesetzt worden, und zwar hat man sich damit beschäftigt, die Kandidaturenreden der einzelnen Bewerber anzuhören, und Letztere durch Interpellationen demnächst weiter zu prüfen. Einen besonders großen Anklang und teilweise rauschenden Applaus hat im ersten Wahlbezirk die Rede des Kriegsministers von Strotha hervorgerufen, die übrigens die Kandidatur selbst ablehnte, da er schon früher durch das Vertrauen seiner Wähler in die erste Kammer berufen sei, und dies Vertrauen um so mehr ehren zu müssen glaube, als er an jener Stelle vollauf eine Wirksamkeit finde, wie er solche überall in Anspruch nehmen könne. Mit wahrem Dank äußerte er sich dabei im Allgemeinen über die Absicht, Militairpersonen in die Kammer zu entsenden, indem er bescheidenlich hinzufügte, daß wenn diese Absicht sich auch vielleicht nicht verwirklichen lasse, das Heer doch schon aus ihrer Anregung die Anerkennung für seine dem Vaterlande geleisteten Dienste mit großer Genugthuung entnehmen werde. Dies rief besonders stürmischen Beifall hervor. — Graf Oriolla hielt eine Rede, worin er sich gegen die Vereidigung des Heeres auf die Verfassung aussprach, die weder in Frankreich noch in Baden gute Früchte getragen habe, da sie die Disciplin löse, in England aber gar nicht statt finde. — Der General v. Thümen hat seine Kandidatur abgelehnt. — In gleicher Weise wie diese Prüfungen haben gestern die Bestrebungen der gewerblichen Fraktionen Fortgang genommen. Man hat sich insbesondere mit den Handwerksmeistern zu einigen gesucht, indem man denselben nachwies, daß ein Abgeordneter am Ende doch mehr Kenntnisse haben müsse, als von dem bloßen Betrieb seines Gewerbes. Dieser Ansicht ist nachgegeben und darnach bereits in mehreren Abtheilungen die sogenannte gewerbliche Kandidatur durch Vorwahl festgestellt. Man nennt namentlich den Land-Armens- und Land-Fener-Sozialitäts-Direktor Fröhner, den Stadtverordneten Scheffer und den Stadtrath Jacobsohn als Solche, welche von dieser Seite her Aussicht haben dürften. Morgen Abend werden nun in mehreren Wahlabtheilungen von versammelten Wahlmännern die Vorwahlen vorgenommen werden, um die Kandidaten für den wirklichen Wahltag definitiv festzustellen.

Berlin, den 25. Juli. (Pr. St. Anz.) Über die Besetzung von Rastatt sind vom 23. Abends noch folgende weitere Nachrichten eingegangen: Um 6 Uhr Nachmittags haben unsere Truppen mit klirrendem Spiel ihren Einzug in die Festung Rastatt gehalten. Vor der Stadt fand die Entwaffnung der Insurgenten statt; sie sind sämtlich als Gefangene in die Kasematten eingeschlossen worden. Um halb acht Uhr Abends erschien Se. Königl. Hoheit der Prinz von Preußen, und richtete einige Worte an die Truppen, welche ihn mit einem begeisterten Hoch auf den König empfingen.

— Dem in Berlin gebildeten Vereine zur deutschen Göthefeier ist, laut Verfüzung des Handelsministers vom 12. d., für Briefe, Gelder und Packete, welche derselbe in seinen Angelegenheiten absendet oder empfängt, unter der Bedingung die Portofreiheit auf den diesseitigen Posten bewilligt worden, daß die nicht mit Geld beladenen Briefe und Adressen offen oder unter Kreuzband versendet werden. Die angewendende portofreie Rubrik lautet: „Anglegenheiten des Vereins zur Göthefeier.“ Bei den von dem Verein ausgehenden Briefen ic. ist diese Rubrik durch Beidruck des Siegels oder Stempels des Vereins zu beglaubigen. In Bezug auf die Packetsendungen wird vorausgesetzt, daß dieselben nicht schwer in's Gewicht fallen, namentlich im Einzelnen das Gewicht von 20 Pfds. nicht überschreiten und der Post überhaupt keine wesentliche Belästigung verursachen werden.

— Gestern früh wurde der Student der Rechte, Paul Börner, der sich im vorigen Sommer als Volksredner bemerkbar gemacht hat, plötzlich verhaftet, und sollen seine Papiere in Beschlag genommen worden sein.

Königsberg, den 22. Juli. Heute früh fuhren mehrere Kaufleute in Begleitung des dänischen Konsuls per Dampfschiff nach Pillau, um von dort aus mit der Palamentairslagge hinaus in See zu gehen und bei der dänischen Korvette den Antrag und die Bitte zu stellen, daß es sofort den preußischen Schiffen gestattet wird, von hier auszugehen.

Elberfeld, den 20. Juli. So eben, 7 Uhr Abends, ist mit dem Eisenbahnzuge von Dortmund Se. Exz. der Staatsminister von d. Heydt hier eingetroffen. Er sah sehr heiter und gesund aus, begrüßte alle seine Bekannten, die ihm am Bahnhofe begegneten, und fuhr in Begleitung seiner beiden Brüder in die Stadt.

Altona, den 21. Juli. Bereits werden auch die drei Kommissarien genannt, welche im Namen Preußens, Dänemarks und der vermittelnden Macht Schleswig regieren sollen; man nennt die Namen Ad. v. Moltke (Mitglied der früheren gemeinsamen Regierung) für Preußen; Baron Carl Plessen für Dänemark; Baron Blome von Falckenberg — Andere nennen einen bekannten Engl. Diplomaten — für England. Der Herr von Moltke, welcher heute aus dem Norden hier anlangte, hat dem Vernehmen nach bereits abgelehnt. Der Baron Blome soll nach einer Kieler Correspondenz der „Börsenhalde“ gleichfalls bereit abgelehnt haben.

— Den 23. Juli. Das Hauptquartier der Schleswig-Holsteinschen Armee soll, wie es heißt, nach Kiel oder Eckernförde verlegt werden. Morgen kommen die Munitions-Wagen und der Train der Baiern und Kurhessen und übermorgen der Sachsen zurück.

Hamburg, den 24. Juli. Gegen die die Kirche und Schule betreffenden Bestimmungen der von der Konstituante beschlossenen neuen Verfassung, hat sich in diesen Tagen auch unsere geistliche Behörde, welcher bisher zum großen Theil das Oberaufsichtsrecht über das gesamte Schulwesen zustand, mit einer Vorstellung an den Senat gewendet, soll aber von diesem mit ihren Bedenken an die konstituierende Versammlung verwiesen worden sein.

In dem Stande unserer Verfassungs-Angelegenheit hat sich nichts verändert; die Presse sucht inzwischen die müßige Neugier des Publikums mit Gerüchten über bevorstehenden Einmarsch von Preußischen Truppen und deshalb angeknüpften Unterhandlungen in Berlin zu speisen. Uebrigens wird in diesem Augenblick der meitaus größte Theil der allgemeinen Aufmerksamkeit von den Eventualitäten, welche der in Berlin ratifizierte Waffenstillstand in seinem Gesolge haben dürfte, in Anspruch genommen, da die Art und Weise, wie sich dieselben erledigen werden, für Hamburgs kommerzielle Verhältnisse von der größten Bedeutung sind.

Rendsburg, den 22. Juli. Die Statthalterschaft hat unser gestrigen Datum den Generalmajor v. Krohn zum Gouverneur der Stadt und Festung Rendsburg ernannt. Die Kommandaturen verbleiben (wenigstens vorläufig) in ihren Funktionen. Der Herr v. Krohn hat bereits heute Morgen seinen wichtigen Posten angetreten, und sich heute Mittag das gesammte hier anwesende Offizierkorps vorstellen lassen. Wie wir hören, wird die Festung ausschließlich von schleswig-holsteinischen Truppen besetzt werden. Der Artillerie-Verlagerungs-Park von Friedericia (von dem nur ein Theil in die Hände der Dänen gefallen ist) ist jetzt auf hier zurück und ins Arsenal gebracht, um zur Verstärkung der Festungsbastionen verwandt zu werden. Infanterie- und Artillerie-Verstärkungen sind bereits vor mehreren Tagen in bedeutender Menge zur Armee abgegangen; heute Morgen folgte eine Reserve-Dragonerie-Eskadron von vorzülicher Haltung. Gestern begann hier die Militär-Sesslon, in Bezug auf die Klasse der 26—30-jährigen Unverheiratheten. Die Einberufenen sollen sich insgesamt gestellt haben, und unsere Stadt allein liefert aus dieser Klasse 205 Männer. (S. N.)

Schleswig, den 23. Juli. Die beiden Statthalter sind gestern Abend vom Preußischen und Schleswig-holsteinischen Hauptquartier hierher zurückgekehrt. Ueber den Erfolg ihrer Reise verlautet noch nichts, wahrscheinlich wird aber die Landesversammlung heute Mittag eine Mittheilung darüber erhalten. Jedoch wird die Sitzung wahrscheinlich wieder eine geheime seyn.

Hadersleben, den 21. Juli. Ob stillschweigend oder nach Übereinkunft zwischen unserer Armee und den um Friedericia herumpositierten Dänen eine von beiden Seiten vorläufig nicht zu überschreitende Demarkationslinie bestimmt worden, vermögen wir nicht zu entscheiden; es scheint jedoch etwas derartiges stattgefunden zu haben, da vor einigen Tagen an den Kommandeur der Hessischen Truppen Dänisch-Hertschaft die Meldung einlief, es hätten die Unreinen jene Linie überschritten, und die Dänen hielten sich demnach für berechtigt, die Waffenruhe, wann es ihnen beliebe, zu kündigen. Nachdem die Mittheilung hiervon an unserer Brigade-Commandeur gemacht worden, ergab es sich, daß die Dänen die Demarkationslinie widerrechtlich, statt mit einer Vorpostenkette, mit einem ganzen Bataillon besetzt hielten. — Es sollen zum 26. d. wo die Kapitulationszeit einer großen Anzahl Freiwilliger abläuft, nicht Wenige derselben gesonnen seyn, auszutreten, weil ihnen nicht bekannt ist, daß der Staat für sie werde Sorge tragen, falls sie im Dienste desselben und im Kampfe für dessen Freiheit und Selbstständigkeit verkrüppelt werden sollten. Existiert aber ein derartiger Beschluß der Landesversammlung, wie wir zu glauben geneigt sind, so würde es angemessen seyn, denselben ungefährt bei der Armee zu veröffentlichen. — Reserven und Geschüze sind zur Armee abgegangen, um das Fehlende zu ergänzen; wenn aber keine durchgreifendere Wehrbarmachung zu Stande kommt, möchte es noch ziemlich lange dauern, bevor unser Armee die erforderliche Stärke erreicht, um mit Aussicht auf Erfolg allein den Dänen Trost bieten zu können.

Stoutsdahl, den 20. Juli. Unser Bonn sowohl wie Zastrau, welche beide bisher noch die Preuß. Uniform trugen, haben diese seit einigen Tagen gegen die Schleswig-holsteinische vertauscht. — Die Avantarden-Brigade hat das Terrain von Eltang, Gudsö, Stoutsdahl und Eribilitzkrug besetzt und tüchtig verschanzt. Die andern Brigaden stehen südlicher, bei Kolding und Umgegend. Die Dänen haben ihre Stellung im Norden von Aarhuus wieder eingenommen. (B. H.)

Frankfurt a. M., den 18. Juli. In Bezug auf die von Ihnen kürzlich gebrachte Nachricht, daß die beiden hohenzollernischen Fürsthäuser an die Krone Preußen übergehen, kann ich Ihnen mittheilen, daß die beiden Fürsten schon im Spätsommer vorigen Jahres nicht allein bereit waren ihre Regierung niederzulegen, sondern sogar bestrebt waren sich ihrer zu entledigen. Die Mediatisierungsfrage war damals an der Tagesordnung, und innerhalb wie außerhalb der Paulskirche war man für das Aufgehen der alten kleinen Staaten in den größeren. Damals glaubte man noch, die beiden Hohenzollern würden am häufigsten zwischen Württemberg und Baden vertheilt werden, und zwischen dem Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen und der Centralgewalt soll ein in dieser Absicht entworferner Vertrag bereits unter Vorbehalt der Zustimmung Preußen, welches bekanntlich die nächsten Erbanprüche besitzt, verabredet oder gar schon unterzeichnet gewesen sein. Das zeigt, wo die badische Regierung selbst gestürzt worden und die Württembergische wochenlang ihrem Fall nah war, wo in Baden wenigstens ein ganz entgegengesetzter Wunsch als der nach Vergroßerung vielfach aufstach, ein Vertheilen unter diese beiden Länder sich nicht mehr empfehlen konnte, ist natürlich. Wenn die beiden Dynastien entsagen wollen, so tritt Preußen in seine natürlichen Erb-rechte, und das wird für die Ländchen wohl das beste sein. (A. Z.)

Frankfurt a. M., den 23. Juli. Die Ausweisung der Flüchtlinge aus der Schweiz tritt bereits in Ausführung; aus Genf meldet die amtliche Revue de Genève, daß Heinz und Struve, sobald sie ihre Pässe erlangt haben, um sich mit Sicherheit nach England oder den Vereinigten Staaten begeben zu können, Genf verlassen werden. Nach offiziellen Berichten sind übrigens, die einzeln übergetretenen gar nicht gerechnet, 9000 Kolonnenweise eingetroffene Deutsche Flüchtlinge und 150 Polen in der Schweiz. Gögg und Sigel haben von Zürich aus ein Ausprache an die Deutschen Flüchtlinge erlassen, die sehr schwungreich beginnt. „Der Freiheitskampf auf Deutschem Boden ist zu Ende; die großartige Erhebung des südwestlichen Deutschlands, an welche der

edlere Theil des Deutschen Volkes alle seine Hoffnungen knüpfte, hat der Leibermann-Fürstlichen Söldner-Schaaren unterliegen müssen. Die letzten Reste des Volksheres haben auf der freien Erde der Schweiz eine gastliche Aufnahme gefunden. Alles, was wir getötet haben aus unserem Kampfe, ist die Theilnahme edler Herzen, die mit uns unser Schicksal fühlen, die mit uns gemeinsam schlagen im Hause gegen die Knechtschaft, in der Liebe zur Freiheit, in dem Streben zur Erringung der ewigen und unveräußerlichen Rechte der Menschheit.“ Es folgt hierauf eine Ermahnung, möglich zu sein in den Ansprüchen und die Gastfreundschaft der Schweiz in keiner Weise zu mißbrauchen, außerdem aber „den Vortheil aus ihrer jetzigen Lage zu ziehen, daß sie sich mit dem Leben und den Einrichtungen eines freien Staates bekannt machen, um nach ihrer Rückkehr dem Vaterlande durch die gewonnenen Erfahrungen um so besser dienen zu können.“

Leipzig, den 24. Juli. Die Zurückberufung unserer Truppen aus Schleswig-Holstein wird täglich erwartet. Als fest bestimmt kann angenommen werden, daß von unsren 6 Batterien Fuß-Artillerie hinsichtlich 2 Batterien in Chemnitz und 2 Batterien in Leipzig garnisonieren werden, und daß man damit umgeht, hier eine Kavallerie-Kaserne herzustellen. Auch sollen für unsere Armee in der Hartmannischen Fabrik in Chemnitz kürzlich 25,000 Stück Bündnadel-Gewehre bestellt worden sein.

Stuttgart, den 20. Juli. In der heutigen Sitzung der Stände-Versammlung stellte Abg. Rehsscher folgenden Antrag:

„Es ist der Kammer bekannt, in welches Stadium die Schleswig-Holsteinische Sache in neuerer Zeit getreten ist. Nachdem dort seit länger als einem Jahre von den Deutschen Truppen der Krieg geführt wurde, soll jetzt ein zweiter Waffenstillstand abgeschlossen werden sein, wobei eine der Bedingungen dahin gerichtet ist, daß die Erbfolgefrage, wovon es sich eigentlich handelt, von Dänemark in Verbindung mit den Europäischen Mächten erledigt werden sollte; also die Frage, ob Schleswig bei Holstein bleibt und nach dem Aussterben des jüngsten Mannesstamms auf dem Dänischen Throne unter einer Deutschen Regierung kommen soll. Schon der Waffenstillstand vom vorigen Jahre, in Folge der Malmöer Verhandlungen, hat bekanntlich in Deutschland großes Aufsehen gemacht. Der jetzige Waffenstillstand ist allen Nachrichten zufolge nur eine Wiederholung des früheren. Nachdem zweimal der Krieg in Schleswig-Holstein mit Erfolg geführt worden, nachdem mit großem Aufwande von Seiten der Deutschen National-Versammlung und Centralgewalt Truppen aus allen Theilen Deutschlands dahin geschickt worden, soll nun einseitig von Seiten der Preußischen Krone ein Waffenstillstand abgeschlossen und der Friede vorbereitet sein. Wir haben diese Nachricht erhalten zugleich mit der anderen Nachricht von einem Überfall aus der Dänischen Festung Friedericia auf die Schleswig-Holsteinischen Truppen, ein Überfall, der wohl hätte vermieden werden können durch eine größere Wachsamkeit, zumal, wenn der Krieg vorher in ernstlicher Weise geführt worden wäre. Ichtheile ganz die Stimmung, welche sich in der Braunschweigischen Stände-Versammlung in dieser Beziehung kund gegeben hat, und ich glaube, auch unsere Versammlung sollte eine ähnliche Erklärung abgeben, wie sie dort erfolgt ist, daß hin gehend, sie hege zur Staats-Regierung das Vertrauen, dieselbe werde nicht allein bei der provisorischen Centralgewalt, sondern vorzugsweise im Verein mit denjenigen Deutschen Regierungen, welche an dem Kriege wider Dänemark Theil genommen, nach Kräften dahin streben, daß nicht durch einseitiges Vorschreiten eines Deutschen Einzelstaates die Ehre Deutschlands und des damit eng verbundenen Interesses von Schleswig-Holstein durch einen Waffenstillstand oder Frieden preisgegeben werde. Ich will nicht erinnern an das Präjudiz, welches in einem solchen einseitigen Waffenstillstand für die künftige Erledigung der Deutschen Verfassungs-Angelegenheit gefunden werden könnte. Allein ich erinnere an die gegenwärtige Noth unserer Deutschen Brüder in Schleswig-Holstein, für welche nun die Zeit gekommen ist, daß das im März v. J. von der Preußischen Regierung den Dänen gegebene Versprechen seine Früchte hätte tragen sollen, ein Versprechen, wonach die staatsrechtlich eigentlich schon entschiedene Frage über die Zusammengehörigkeit von Schleswig-Holstein und über die Erbfolge im Mannesstamme nunmehr zum Nachtheile Schleswig-Holsteins entschieden werden soll. Aus denselben Gründen, aus welchen sich diese Versammlung früher für die Schleswig-Holsteinische Sache erhoben hat, dürfte sie sich auch jetzt wieder für dieselbe Sache erheben (wurde vielseitig unterstüzt).“

Domdekan von Jaumann: Ich glaube, wir sollten nicht lange debattiren, sondern möglich darüber abstimmen. Wenn immer neue Interpellationen hereingebracht werden, kommen wir an gar kein Ziel. Rettentum air: Diese Interpellation ist aber doch nicht so unnötig, namentlich wenn man sieht, wie unsere Württembergischen Truppen nutzlos hingeklachtet werden. Domdekan von Jaumann: Ich bin nicht gegen die Interpellation, aber ich wünsche, daß nicht unnütz debattiert werde. Präsident: Nach allen Vorgängen wird die Kammer keinen Anstand nehmen, so gleich auf diesen Antrag einzugehen. Eiseulohr: Ich muß aber sogleich sagen, daß die Schleswig-Holsteinische Sache an und für sich schon durch die Thatsache so grell und schreidend ist, daß es keinen Kommentars bedarf. Auf der anderen Seite — was nügen die Worte? Wir haben das Best aus der Hand gegeben, wir haben keine Kraft mehr, unseren Worten Nachdruck zu geben, wozu der Worte? Sie sind in der That eigentlich lächerlich. Meinetwegen wird beschlossen, was wolle, ich schließe mich auch an. Ich gebe die ganze Sache für verloren.

In der darauf folgenden Abstimmung wurde der Rehsschersche Antrag angenommen. Hierauf erklärten Wolff, Vogel, Trotter, Seesied und Kopp ihren Protest gegen die in diesem Antrage liegende Anerkennung der Centralgewalt.

München, den 19. Juli. Der „Allg. Blg.“ schreibt man: „Das in Schleswig stehende Bayerische Truppencorps hat Beschlüsse, unverzüglich nach Bayern zurückzukehren, sobald der von den Preußen einseitig ohne Mitwirkung der Centralgewalt für Deutschland geschlossene Waffenstillstand offiziell in den Herzogthümern verkündet wird. Der kommandirende Generalleutnant Brinz Eduard von Sachsen-Altenburg ist angewiesen, sich vorerst nach Hof zu begeben. Bayern will, wie es scheint, nicht fern von seinen Truppen auf einem so ruhmlosen Kriegsfelde stehen lassen, wo man ihnen am Ende noch zumutzen könnte, ihre Waffen selbst gegen die mit der jüngsten Convention unzufriedenen und widerwilligen Deutschen Herzogthümer

zu wenden. Bayern aber hat allein weder den Beruf, noch wäre es im Stande, den Krieg fortzuführen. Das Deutsche Volk wird nicht wollen, daß noch länger in dieser Weise unglos das Blut seiner Söhne vergiebt werde.“ (A. Z.)

Baden-Baden, den 20. Juli. Kinkel's Angelegenheit wird gegenwärtig in den Lagern und auch hier viel besprochen, da sie allerdings für das Land Baden von großem Interesse ist. Die Professoren in Bonn, oder wenigstens einige von ihnen, haben in einer Petition den Prinzen von Preußen um Gnade für ihren gefangenen Collegen angefleht. Eine Deputation, die das Gnadenbuche dem Prinzen selbst überreichen wollte, ist jedoch nur bis Kuppenheim gelangt, und scheint dort zurückgewiesen worden zu sein, wenigstens reiste sie von da am 11. d. ab und zurück nach Bonn und sandte ihr Gesuch schriftlich ein. Dies Gesuch wird von G. M. Arndt in einem Briefe an den General v. d. Gröben unterstützt worden sein. (M. Z.)

Unter den Verhafteten und Gefahrdeten befinden sich auch viele Frauen, namentlich Mitglieder des demokratischen Frauenvereins der Madame Struve. Auch das erzbischöfliche Ordinariat versah jetzt gegen die kompromittierten Studenten der katholischen Theologie Relegation und Nichtzulassung in den Priesterstand wird wohl hier die Strafe seyn gegen die Schuldigbefindenden.

Karlsruhe, den 21. Juli. Vorgestern Abend kam ein Paktwagen mit den Staatspapieren hier an, welche Goegg in Konstanz übergeben hat. Gleichzeitig kamen auch die drei Angestellten hier an, welche die Großherzogliche Amortisations-Kasse mit dem Geld „der vereinigten Amortisations- und General-Staatskasse“ nach Offenburg und Freiburg gesendet hatte.

Das Untersuchungsgesetz ist hier im Städtchen in vollem Gange. Mehrere bekannte Personen werden als sehr gravirt geschildert:

Gestern Nachmittag wurde eine nicht unbedeutende Anzahl gefangener badischer Soldaten und Freischärler von Germersheim her unter der Eskorte einer halben Compagnie bayerischer Infanterie hier eingebrochen. Die betreffenden Individuen hatten sich nach dem Elsaß geflüchtet, von dort aber zurückgewiesen, versuchten sie, auf einem Schiff den Rhein abwärts zu fahren und so zu entkommen. Als sie indeß bei Germersheim anlangten, wurden sie gezwungen, Halt zu machen, sogleich verhaftet und ohne Weiteres hierher abgeführt. Sie vermehrten die Anzahl der Gefangenen, die ohnehin schon eine immense Höhe erreicht hat.

Mannheim, den 21. Juli. (O. W. A. Z.) Hecker befindet sich noch immer in Straßburg. Seine Ausenthalts-Erlaubnis derselbst wurde ihm bis Sonntag prolongirt. Sonntag reist er, um seiner eigenen Aussage nach, Europa ein Lebewohl für immer zu sagen. In Hecker's Gesellschaft befindet sich sein Schwager Eisenhardt jun. mit Gattin, Osterhaus mit Familie, gewesener Bürgerwehr-Oberst von hier, Reichard, früheres Mitglied der provisorischen Regierung in der Rheinpfalz und dessen Bruder. Sämtliche Revolutionäre beobachteten, nach Amerika überzusiedeln. Ein Jugendfreund Hecker's, der denselben in Straßburg besuchte und erst gestern hier ankam, erzählt, daß Hecker sich mit Abscheu über die Revolution in Baden, namentlich aber über deren Häupter ausgesprochen. Seinen Neuzeugungen nach steht seine Ankunft in Europa in durchaus keiner Beziehung zu dem Badischen Aufstande. Im Widerspruch damit erzählt ein Amerikanischer Kaufmann, der beiwohnte gleichzeitig mit Hecker in Havre ankam und gegenwärtig ebenfalls in Straßburg verweilt, daß sich circa 50 Freischärler mit bedeutenden rothen Hahnensfedern zu gleicher Zeit mit ihm auf dem Dampfschiff befunden hätten und in Havre verblieben seien, nachdem sie gehört, daß sie post festum kämen. Die größere Masse der Amerikanischen Freiheitshelden schiffte sich auf Kaufahrtschiffen ein, da der Uebersahrtspreis auf Dampfschiffen ungleich theurer ist.

Von der Murg, den 19. Juli. (Karlsr. Z.) Die Rastatter Parlamentare, welche nach dem Oberland eskortiert werden, um sich mit eigenen Augen von dem Stand der Dinge zu überzeugen, sind, wie man sagt, der bekannte Corvin-Wiersbigsy und ein „Major“ Lang, ein gewesener Obersfeldwebel. Dieselben wurden bei der äußersten Feldwache in Empfang genommen und mit verbundenen Augen in eine Kutsche gesetzt, welche sie zunächst nach Kuppenheim brachte. Dies geschah gestern Abend. Ein von den Belagerten für die Zwischenzeit beauftragter Waffenstillstand ist abgeschlossen worden. Der in Rastatt erscheinende „Festungsdote“, redigirt von Ernst Elsenhans, „Schriftführer im Kriegsministerium“, hatte bisher beharrlich vertheidigt, es seien höchstens einige tausend Mann, von denen die Festung umschlossen sei. Der General Graf v. d. Gröben wird in diesem „Festungsdote“ als „Bürger Gröben“ erwähnt. Mit den Lebensmitteln in Rastatt beginnt es nachgerade knapp zu werden; so lautet wenigstens die Aussage solcher, die aus der Festung entkommen sind, was noch immer Einzelnen gelingt. Die Superiorin des Klosters, welche seither noch dort geblieben war, durfte die Festung offen verlassen; sie brachte zwei Omnibus voll Kinder mit. — Vor einigen Tagen zeigte sich, wie man erzählt, auf dem Rastatter Wall ein Mann, der sich nackt ausgezogen hatte, und mit allerlei Gestikulationen Wein aus einer Flasche trank. Ein Preußischer Soldat, bekannt als ein guter Schütze, bat um Erlaubnis, vorgehn zu dürfen, um dem Gaßelhaus mit seinem Bündnadelgewehr auszuwarten. Er erhielt sie, machte sich vorwärts, und eine Weile darauf hörte man einen Schuß, welcher dem nackten Trinker das Handwerk legte.

### Oesterreich.

Wien, den 23. Juli. Wir erfahren, daß G. M. Graf Schlick, an einem Cholera-Anfall leidend, genötigt war, die Arme zu verlassen und sich nach Preßburg zu versetzen, wo er nach etwa Stägigem Aufenthalt der Genesung rasch entgegen geht. Se. Majestät hat sich täglich Rapport über das Bestudien des Generals einstellen lassen.

— Joseph Conovics, designirter Erzbischof von Erlau, auf dem

ehemaligen Preßburger Reichstag die Stütze der konservativen Partei, wohlbekannt als Redner und gebildeter Staatsmann, ist von Langendorf nach Preßburg gefangen eingebrochen worden, um daselbst vor die Militär-Untersuchungs-Kommission gestellt zu werden.

— Feldmarschall-Lieutenant Perger, der greise heldenmuthige Vertheidiger von Arad, der die dortige Festung nur wegen gänzlichen Ausganges aller Lebensmittel vermöge ehrenvoller Kapitulation den Ungarn übergab, ist hier angekommen.

— Seit heute werden Reisenden nach Pesth und Osten Pässe dahin ertheilt.

— 23. Juli. Der Fürst Windischgrätz, welcher von Böhmen hierher gekommen war, um seinen verwundeten Sohn zu besuchen, ist vorgestern von hier wieder auf seine Herrschaft zurückgekehrt. Der Sohn des Fürsten, der als Hauptmann im 14ten Jägerbataillon dient, wurde am 12. d. M. in der Schlacht bei Asz verwundet.

— Das in den letzten Tagen durch ein hiesiges Journal verbreitete Gericht von dem Rücktritte des Feldzeugmeisters Freiherrn Haynau vom Oberkommando der Kaiserlichen Armee in Ungarn entbehrt alles Grundes, wie der Lloyd versichert. Ebenso wenig bestätigt es sich, daß der Feldzeugmeister Baron Hitz von der Italienischen Armee nach Ungarn berufen werde.

Preßburg, den 22. Juli. Allgemein wird behauptet, "Pas-

lawisch habe Courier nach Wien und Petersburg abgeschickt mit

der Nachricht, in 14 Tagen hoffe er seine Aufgabe gelöst zu haben."

Agram, den 11. Juli. Mehreren Kundschafte-Nachrichten

zufolge versammeln sich die Türken des bihacher, ostrovarcer und

kruper Kapitanats in den Schlössern Pöch, Todorovo, Kladisch,

Pozvid, Branograd, Krupa und Buzim als Renitenten gegen

ihre Orts-Obrigkeit. Die Veranlassung hierzu hat ein vom bi-

hacher Pascha publizirter Großherrlicher Ferman gegeben, nach

welchem jeder bosnische Untertan ohne Unterschied der Religion

den Gehent und die üblichen Steuern in die Staatskasse zu entrich-

ten hat. Die Türken in Bosnien, welche von einer Gleichberechtigung

gegenüber den christlichen Untertanen nichts wissen wollen,

nicht einzuhaben, indem sie gefonnen sind, den Muschir zu bitten,

Nachdem der Pascha erklärt hat, ihrem Ansuchen keine Folge ge-

ben zu können, und gleichzeitig seine Untertanen zur Beschreibung

des Gehents in die Kapitanate entsendt hat, so wurden die Tür-

kein widerstrebend und versammeln sich, wie oben erwähnt, um sich

seinen Anordnungen mit bewaffneter Hand zu widersehen. Die

Cordons-Kommandanten sind angewiesen worden, den Fortgang

dieses Aufstandes zu beobachten und auf dem Gordon durch Peizi-

hung der Serezaner die Wachsamkeit verdoppeln zu lassen.

Bressia, den 8. Juli. (Lloyd.) Seit einiger Zeit war unsere

Provinz durch eine Bande bewaffneter Missenthaler beunruhigt, unter

denen vorzüglich zwei Desertiere vom Regimente Haugwitz, Pasquini

und Taglietti, sich bemerkbar machten. Die Behörde war ihnen neuer-

lich auf die Spur gekommen, und es gelang, dieselben nebst ihren

Gemeinde Lograto, wo sie sich in Waffen versammelt hatten, zu ent-

heiden Desertiere fielen, die anderen aber zur Haft gebracht wurden.

Diese sind nun gestern mit Pulver und Blei hingerichtet worden.

### Frankreich.

Paris, den 21. Juli. Der französische Gesandte Bois-le-Comte hat dem Könige von Sardinien das große Band der Ehrenlegion überreicht. Der Kontre-Admiral Trehouart ist zum Groß-Offizier der Ehrenlegion ernannt worden. — Als Guizot gestern in Havre zum Diner gehen wollte, mußte er einen Wagen bestiegen, so groß war die ihn erwartende und umdrängende Menge. Man hörte Geschrei, das aber durch Beifallsruf verdeckt wurde. Ein Augenblick aussteigend, sprach er einige Worte, die augenblicklich die größte Ruhe und Stillschweigen geboten: Ich bin nur sehr darin nichts; was eine solche Aufruhr, wie ich sie bemerkte, erzeugen könnte. Umgeben von den ehrenhaften Männern, die gedankt er ihnen verbindlich für ihre Sympathien. Lamotte, Bataillons-Chef der Nationalgarde von Havre, stellte am andern Morgen mit zwei Mitgliedern der Municipalität Herrn Guizot einen Besuch ab und protestierte im Namen aller guten Bürger der Stadt gegen die schändliche Manifestation des vorigen Abends. In Housleur, wo Guizot gestern ankam, war die ganze Bevölkerung am Quai versammelt und er fand den erfurchtvollsten Empfang. Heute Morgen soll er in Paris angekommen sein. — Der Vice-Admiral Hamelin ist zum Mitgliede des Admirälsrathes ernannt, um Dupetit Thouars zu ersetzen, der zum Abgeordneten

abgegangen, um dort angeblich bis zum Schlusse der Sommersaison zu verweilen. — Die Untersuchung bezüglich des Attentats vom 13. Juni naht ihrem Ende und die Reichskammer wird noch vor dem Schlusse des Monats ihre Entscheidungen fällen. Es ist jetzt gewiß, daß der hohe Gerichtshof seine Sitzungen zu Versailles halten wird. Der General-Prokurator und der Prokurator der Republik waren gestern dort, um das Lokal (den Auffensaal) zu besichtigen und alle nötigen Anordnungen zu treffen. — Die Patrie erklärt amtlich die Angabe mehrerer Jounale, daß die fünf abgetretenen Maires diesen Schritt aus politischen Ursachen gethan hätten, für unrichtig. Sie führt an, daß drei dieser Maires schon vor einem Vierteljahr aus Privat- und Gesundheitsrücksichten ihre Entlassung begehr hätten und nur auf Ersuchen des Seinepräfekten bis jetzt, wo man endlich Nachfolger für sie gefunden habe, im Amt geblieben seien. Die Patrie vergibt übrigens zu sagen, mocht haben. — Die Toulonner Sentinelle meldet, daß das Mittelmeergeschwader am 18ten Nachmittags nach den Hyberischen Inseln abgesegelt sei, um dort der Beschlefe zu harren, welche die Fregatte „Pomona“ ihm bringen soll. — Nach dem Moniteur du Soir trug bei dem schon gemeldeten Konflikt zu Ajaccio das Volk allein die Schuld, indem dasselbe ohne alle Veranlassung die

Mobilgardisten angriff, deren Anführer seine Leute nur mit Mühe abhielt, denselben mit voller Kraft zu erwiedern. Ein Corporal des Bataillons ward getötet, und mehrere Mann, worunter auch der Anführer, trugen Verwundungen davon; das Bataillon hat Ajaccio verlassen und die gerichtliche Untersuchung ist im Gange.

— Das Pressgesetz beschäftigt alle Zeitungen. Niemand kennt die Härte der Bestimmungen. Der Präsident ist ein verantwortlicher Beamter, der sogar vor einen Gerichtshof gestellt werden kann, und jeder selbst indirekte Angriff wird mit harten Strafen belegt. Die Censur ist wieder eingeführt, denn 24 Stunden vorher, ehe eine Schrift von weniger als 10 Bogen politischen oder sozial-ökonomischen Inhalts veröffentlicht werden kann, muß sie dem Staatsanwalt abgeliefert werden. Die sociale Dekonomie ist ein vager Begriff, sie umfaßt alles, was auf die Hervorbringung der Reichthümer Bezug hat. Das nackte Wort Censur würde die Zeiten der Restauration und deren Ende vielleicht herbeirufen, man umhüllt das Wort und führt den gesuchten Enschluß, die Presse zu tödten, aus.

— Ein Provinzialblatt veröffentlicht einen Brief des Fürsten von Kanino an den Präsidenten der gesetzgebenden Versammlung. Derselbe beklagt sich bitter über die unwürdige Behandlung, die ihm zu Theil geworden sei. Er sei mit einer besonderen politischen Mission gekommen die Restauration der Priesterherrschaft sei unmöglich. Das Volk wolle eine populäre Regierung. Die Utopien einer rothen Republik und des Kommunismus sei nicht für den römischen Boden. Die römische Republik würde durch ihre Lage nie den allgemeinen Frieden haben können. Er überstande außerdem folgende Protestation: Römische Republik. Im Namen Gottes und des Volkes der römischen Staaten, welches frei seine Vertreter gewählt hat, und im Namen des 5ten Paragraphen der französischen Constitution protestiert die römische Constituante in Gegenwart Italiens, Frankreichs und der ganzen civilisierten Welt gegen den gewaltthätigen Einfall in die Stadt Rom, der am 4. Juli 1849 ins Werk gesetzt wurde. Bonaparte Präsident.

— Das Kriegsgericht, welches den Captain Kleber zum Tode verurtheilte, hat beim Minister des Krieges auf Verwandlung dieser Strafe angetragten. Ein Gleicher dürfte, wie man glaubt, später für alle die geschehen, welche als Militärs wegen ihres Benehmens bei der Verhaftung des Unteroffizier Boichot vor seiner Wahl zum Tode verurtheilt wurden. In Lyon wurde dieser Tage ein Unteroffizier, der 20 Jahre im Dienst ist, zum Tode verurtheilt.

— Heute wird sich der Präsident der Republik von seinem Adjutanten begleitet in Gesellschaft des Herrn V. Toucher auf eine Pilgerschaft nach Ham, wo er Gefangener war, begeben. Der Präsident will, wie man sagt, über den Wechsel der menschlichen Geschickte nachdenken.

Paris, den 22. Juli. Gesetzgebende Versammlung. Sitzung vom 21. Juli. Vorsitzender Daru, Vizepräsident. — Zu Anfang der Sitzung verließ der Vorsitzende ein Schreiben Lamartine's, worin er sich für das Departement des Loiret (Orléans) entscheidet, da er zugleich im Departement der Saône und Loire gewählt worden ist, und sich mit Unwohlsein darüber entschuldigt, daß er noch nicht in der Versammlung erscheint. — Die Diskussion des Pressgesetzes beginnt. Mathieu (de la Drôme), Mitglied des Berges, hat zuerst das Wort. Er sucht die Verfassungswidrigkeit, die Gefährlichkeit und Nutzlosigkeit des Repressivsystems überhaupt und insbesondere des vorgeschlagenen Pressgesetzes nachzuweisen und erinnert dabei daran, daß die Juliardonnanz, die Septembergesetze und die Unterdrückung des Vereinsrechtes die Monarchie nicht gerettet haben. Montalembert erwidert, daß die Septembergesetze, gegen die er im Jahre 1835 gestimmt habe, doch wenigstens dem Lande 12 Jahre eines glücklichen Friedens verschafft haben. „Damals, fährt der Redner fort, habe ich, wie meine Freunde, gegen die Septembergesetze gestimmt, weil die Gesellschaft gesund und stark genug war, um den Angriffen der Presse zu widerstehen. Jetzt stehen die Sachen anders: die Gesellschaft ist tödlich krank und nur energische Mittel können sie retten. Sie gleicht einem belagerten Platze, und man weiß, daß belagerte Plätze fast immer unterliegen. (Sensation.) Wir haben im Juni 1848 und im Juni 1849 zwei glückliche Aussfälle gemacht, allein werden wir immer so glücklich sein? Es ist betrübend zu sagen, allein es ist wahr, daß die Gesellschaft in diesem Augenblick von einem Handstreich abhängt. Und welcher bedeutsame Unterschied hat sich bei den beiden Juni Aufständen gezeigt! Als im Jahre 1848 die Feinde der Gesellschaft zu Paris die Fahne des Aufstandes erhoben, eilte die Provins einstimmig herbei, um die Regierung zu unterstützen. Im Jahre 1849 war es schon ganz anders: kaum hatte ein Aufstandsversuch zu Paris begonnen, so regten sich die zahlreichen Verzweigungen der Verschwörung in allen Provinzen, und hätte der Kampf in Paris nur zwei Tage gedauert, so hätten wir tausend Aufstände in den Provinzen zu beklagen gehabt. Dieser Zustand ist das Werk der schlechten Presse. (Dem beredten und mit wütigen Einfällen unterwebten Vortrage Montalemberts folgt eine längere Unterbrechung.) Jules Favre bestieg darauf, zum ersten Mal nach seiner Wiederwahl in die Nationalversammlung, unter allgemeiner Aufmerksamkeit die Tribüne. „Herr v. Montalembert hat in seiner Rede die Leidenschaften und die Furcht angerufen. Er verlangt im Namen des Landes, im Namen der Familie die strengste Unterdrückung der Pressefreiheit und sein ganzes System würde consequent durchgeführt, bei der h. Inquisition aufzuhören. Die Zunitage von 1848 geben dem Redner einen Beweis der Stärke der Republik. Die Monarchie fiel durch einige Barricaden. Die Provinz eilte der Republik, nicht der Monarchie zu Hilfe. Das jetzige Pressgesetz, das man vorschlägt, ist wie das von 1835; die ärgsten Feinde des Gesetzes von 1835 verlangen, ja fassen das neue Gesetz ab. Der Redner vertheidigt auch die provisorische Regierung gegen Montalemberts Angriffe. Moruy: Ihr habt das Land in einen hübschen Zustand versetzt, röhmt Euch dessen! Jules Favre: „Die haben das Land in diesen hübschen Zustand versetzt, die bei Thatsachen, welche die Indignation des Volkes erregten, sich für befriedigt erklärt

(Lebhafte Beifall links). Die provisorische Regierung verlangt von Ihnen keine Dankbarkeit, sie hat sie nicht nötig, aber die Geschichte wird es bestätigen, daß ohne ihre Ehre, ohne ihre Aufopferung Sie nicht Ihren Platz hier einnehmen. Odilon Barrot: Die Pressefreiheit ist so eng verbunden mit der des Landes, daß unser Gesetzentwurf nur die Lücken, die die Erfahrung gezeigt, ausfüllen soll. Uebrigens verlegt der Entwurf nicht die Grundprinzipien des Landes. Glänzende Redner haben alle Gemeinplätze aufgesucht. Man klagt uns an, wir thäten der Freiheit Gewalt an! Nein! Wir wollen sie ordnen. Man klagt uns der Gewaltthätigkeit an. Wir haben sie unterdrückt. Wir haben dem Gesetz von 35 sein Gutes entnommen. Nimmt man doch von einem Feinde das Gute an. Wir wollen das Gesetz, damit man nicht „zu den Waffen“ ruft, damit man nicht dem Arbeiter sagt: „Schließ die Werkstätte,“ damit man dem Bürger keinen Hass predigt. Wir wollen nicht allein die Diskussion nicht verhindern, wir rufen sie sogar hervor. Alle Meinungen werden hier auf der Tribüne ausgesprochen. Wir wollen durch dies Gesetz dem Arbeiter Ruhe schaffen. Wir wollen eben so gut wie Ihr des Arbeiters Wohl. — Die Fortsetzung der Debatte wird auf Montag verschoben.

— Sebastian Seiler, ein Deutscher Publicist, welcher, der Theilnahme an der Verschwörung des 13. Juni verdächtig, zur Haft gebracht worden war, hat zwar seine Freiheit, aber auch die Weisung erhalten, Frankreich in kürzester Frist zu verlassen. Charpentier, der Architekt des Palais National und früherer Hauptmann der Artillerie der Bürgerwehr, ist heute morgen verhaftet worden. Auch in der Mauléonstraße sind mehrere Verhaftungen vorgenommen und viele Waffen aufgefunden worden.

— Eine Sturmflut von Ehrenzeichen, welche unter Louis Philippe Paris überflutete, verbreitete sich in auch Folge der Reisen des Präsidenten und der sie begleitenden Gunstbezeugungen über ganz Frankreich. Der Präsident äußerte jedoch in einer öffentlichen Rede, daß in Zukunft die Ernennungen für die Ehrenlegion nicht verschwendisch vertheilt werden sollten.

— Guizot, der, wie gemeldet, gestern Abend in Havre angekommen ist, wird daselbst 48 Stunden bleiben und sodann vor seiner Reise nach Lissau sich einige Tage in Paris aufzuhalten.

Strassburg, den 20. Juli. (K. Z.) Für die wenigen deutschen Flüchtlinge, denen der Aufenthalt hier gestattet wurde, läuft die Frist übermorgen ab. Von diesem Tage an kann sich keiner, der nicht mit regelmäßigen Pässen aus Deutschland versehen ist, länger hier aufzuhalten. Alle Bürgschaften der Einwohner gelten in dieser Hinsicht nichts mehr. Selbst diejenigen, welche von ihren Renten leben können, sind von dieser Maßregel nicht ausgenommen. Sie haben sich wenigstens 30 Stunden von der Grenze zu entfernen. Gestern erschien eine amtliche Bekanntmachung, vermöge derer den grosszüglichen Hessischen Flüchtlingen angekündigt wird, daß allen, mit Ausnahme von Bis, Bamberg, Schütz und Blenker, Amnestie gewährt sei und sie in ihr Vaterland zurückkehren können. Sie erhalten zu diesem Behufe auf der hiesigen Präfektur Geleitscheine. Auch in der Schweiz wurde dieser der Hessischen Regierung zur Ehre gereichende Akt veröffentlicht, daher denn viele Hunderte von Unglücklichen, welche die Zeitbewegung falsch verstanden, nach Hause eilen. Es sind bereits mehrere Schiffe an unserem Ufer vorbeigekommen, welche Pfälzer und Hessen den Rhein hinabführen.

### Großbritannien und Irland.

London, den 21. Juli. Oberhaus-Sitzung vom 20. Juli. Eb. Brougham brachte angekündigtem, in einer fast dreistündigen Rede, folgende, auf die Angelegenheiten Italiens bezügliche Anträge ein; 1) daß es das Recht und die Pflicht der Regierung gewesen, von fremden Mächten genügende Erklärungen über jene neuern Bewegungen in Italien zu fordern und zu erhalten, über Bewegungen, welche die bestehende Länder-Ausdehnung verändern und den allgemeinen Frieden gefährden; 2) daß es mit den allgemeinen Interessen und der Pflicht des Britischen Reichs unerträglich sei, sich in die Angelegenheiten fremder Nationen, so weit es sich dabei um die Beziehungen der Regierungen und ihrer Angehörigen handele, zu mischen; 3) daß dieses Haus bedauere, in dem Verhalten der Regierung; so weit dieses namentlich aus den vorgelegten Papieren erscheile, einen Mangel freundlicher Gesinnung gegen Verbündete zu erblicken, welchen England durch Vertrag und gegenseitige Freundschaftsbezeugung zugethan sei." Unter den sechs Rednern, welche gegen die Anträge sprachen, waren auch der G. Aberdeen, der Marq. v. Lansdowne und Eb. Stanley. Nach einer Erwiderung Eb. Brougham's wurden die Anträge mit einer Mehrheit von 12 Stimmen (96 gegen 108) verworfen.

— Unterhaus-Sitzung vom 20. Juli. Nach Erledigung mehrerer heimischen Gegenstände und Beantwortung verschiedener Anfragen, erwiederte Lord Palmerston, daß er die Anzeige von dem zwischen Preußen und Dänemark abgeschlossenen Waffenstillstand und den Friedens-Präliminarien erhalten habe. Als sich das Haus nun in einen Finanz-Ausschuß verwandeln sollte, lenkte Mr. Herries die Aufmerksamkeit desselben auf die Staatsfinanzen und meinte, daß zu deren Erhöhung ein fester Zoll auf Einfuhr fremden Getriebes beitragen müsse. Der Redner machte indeß keinen bestimmten Antrag. Nachdem viele Redner darüber gesprochen, wurden die verschiedenen Geld-Anträge im Ausschuß bewilligt. Man geht, raschen Schritts, dem Ende der Session entgegen.

— Unterhaus-Sitzung vom 21. Juli. Bald nach dem Anfang der Sitzung, als wiederum Gelber bewilligt werden sollten, sprach Mr. Osborne das Vorbringen der Russen in Ungarn. Der Redner schilberte Ungarn als eine Oase der Freiheit in dem Lande des Despotismus, ging auf die Verhältnisse näher ein und beleuchtete

auch die Unselbstständigkeit Österreichs; er rühmte Kossuth, welchen er mit Washington verglich und ihn den Hörer bürgerlicher und religiöser Freiheit nannte! Und dabei hatte der Britische Premier-Minister die Ungarische Bewegung als einen „Aufstand“ bezeichnet. Lord D. Russell erwiederte sofort, daß dieser sein Ausdruck vielleicht unangeeignet gewesen, er aber dabei nicht habe entscheiden wollen, ob jener Aufstand gerechtfertigt oder nicht gewesen. Mr. Osborne fährt fort, Österreichs Verhältnisse zu tabeln und den Ungarischen Krieg als einen der Freiheit und des Despotismus darzustellen. Er schloß unter großem Beifall mit dem Antrag auf Vorlegung einiger, auf das Eintrückszen der Russen in Ungarn bezüglichen Papiere. (Die Sitzung dauert fort.)

In keiner Stadt der Welt findet man die Mittel zur Relehrung in so bequemer und so umfassender Weise dem großen Publikum geboten, als in London. Das politische Museum im Regent-street ist nur ein Privatunternehmen, aber der Staat selber hätte es nicht gebiegener einrichten können. Es bietet eine gedrängte Uebersicht dessen, was im Gebiete der Industrie, der Schiffsahrt und der Naturwissenschaften den Menschen am nächsten berührt, und eine Dampfmaschine setzt eine Legion von Modellen in Bewegung, die klein genug sind, um anschaulich zu sein, und groß genug, um wirklich zu fabrizieren. Ein kleiner Cyclus von Maschinen, gleichsam ein Manchester im verjüngten Maßstabe, bereitet die Baumwolle durch alle Stadien zu, und die ungereinigte, die vor unseren Augen aus der natürlichen Kapsel gezogen wird, die sie einschließt, sehen wir innerhalb weniger Minuten sich reinigen, von Kamm zu Kamm wandern, als seines Faden sich um die Spindeln drehen und schließlich als geschmackvolle Ware den Stuhl verlassen. Dieselbe Dampfkraft setzt eine Buchdruckerei in Bewegung und Nahrung, denn der Mann, der den Dienst versieht, nimmt Bestellungen an, die von der kleinen Maschine, nach dem Verhältniß ihrer Kraft, so pünktlich, wie von irgend einer großen ausgeführt werden. In das Wasserbassin, auf dem Modelle aller Klassen von Schiffen vor Ankunft liegen, steigt eine Taucherglocke nieder, die etwa vier Personen aufnehmen kann; daneben hängt die Kleidung der Taucher, die auf dem Meeresgrunde zu arbeiten haben. Das einzige lebende Wesen in diesem Museum ist der Zitteraal (Gymnotus electricus), der in einem Glaskasten unter Drahtgesicht herumswimmt. Das Thier kam sehr jung nach England, ist aber hier erstaunlich gewachsen und seine Schläge sind von furchtbarer Kraft. In der Regel liegt es still mit seinem rothen Leibe auf dem Boden seiner feuchten Zelle und holt nur ab und zu sehr phlegmatisch Luft; dann aber schlängelt es sich sehr heftig hin und her, und wie die wilden Thiere im Käfig durchmischt es sein Gefängnis immer wieder und wieder. Die lebendigen Fische, mit denen es gefüttert wird, tödet es mit einem unsichtbaren Schlag, und im Nu liegen sie tot auf dem Rücken. — Für die Industriellen bietet das Museum eine immerwährende Ausstellung, denn jede neue Erfindung wird hier im Modell dem Publikum vorgelegt. Ein Zeichen mit der Glocke ruft in einen Saal, in dem alle Zweige der Naturwissenschaften vorgetragen und durch Experimente und Abbildungen erläutert werden. Ein anderes Zeichen ruft in ein kleines Theater, in dem eine Musik-Aufführung stattfindet und Nebelbilder gezeigt werden. Damit schließt jede Vorstellung, denn die Londoner Familien besuchen das Institut vom Morgen bis zum Abend mit einem Eifer und einer Ausdauer, als ob es der Italienischen Oper gälte. (D. R.)

— Man beschäftigt sich hier sehr eifrig, elektrisches Licht für die Praxis, namentlich für Leuchttürme und den Fischfang, anzuwenden.

— Am 15. starb, im 69. Lebensjahre, auf Cleve bei Bristol eine wissenschaftliche oder richtiger künstlerische Notabilität, der in Altona domicilierte kön. dänische Agent Heinrich Johann Kessels. Er war der ausgezeichnetste Chronometerverfertiger auf dem europäischen Kontinente. Lange Jahre hindurch lebte er bloß von der Untertreibung, resp. Renovirung der Chronometer für die königlich dänische Marine, deren Instrumente neben den englischen in dem höchsten Rufe stehen. Wie überhaupt den Männern der Wissenschaft und der Kunst, so schlug auch ihm der Krieg der Herzogthümer gegen Dänemark eine tiefe Wunde. Sein Leidensgenosse und Freund, der berühmte Astronom Schuhmacher in Altona — beide genossen die besondere Protektion und Freundschaft König Christians VIII. — hat vor Kurzem durch Fürsprache seines ehemaligen Schülers, des berühmten Astronomen zu Pulkowa bei Petersburg, Staatsraths Struve (eines geborenen Altonaers), vom Kaiser von Russland eine lebenslängliche Pension ausgezahlt erhalten.

### Spanien.

Madrid, den 15. Juli. Die Infanten waren am 7. d. in Ceuta (Afrika) angekommen, wo sie mit den ihnen gebührenden Ehrenbezeugungen aufgenommen wurden, und gleich nach ihrer

Ankunft bei dem Gen.-Capitän speisten. Abends war die Stadt erleuchtet. Am 9. waren sie bereits wieder in Algieras. Gleich nach ihrer Ankunft daselbst erschien der (Engl.) Vice-Gouverneur von Gibraltar (der Gouverneur war durch einen Sturz mit dem Pferde verhindert, zu erscheinen), von einem zahlreichen Stabe begleitet, um die Infanten nach Gibraltar einzuladen, wo bereits Anstalten zu ihrem Empfange getroffen waren. Die Infanten nahmen die Einladung an, wollten am 10. nach Gibraltar abfahren und am 11. in Algieras wieder eintreffen. Zu gleicher Zeit wurden der politische Chef und die Behörden von Algieras von den Engländern zur Tafel geladen.

— Madrid, das bekanntlich eine sehr öde und leere Umgebung hat, wird nun ringsumher mit Bäumen bepflanzt.

### Schweiz.

Bern, den 16. Juli. An den preußischen Gesandten von Sydow gelangte am Donnerstag eine Depesche, worauf er am folgenden Tage nach Basel verreiste. Auch Robert Peel soll sich dahin begeben haben. Es sind hier vor mehreren Tagen einige dreißig ungarische Husaren angekommen, denen es gelungen war, von der österreichischen Armee in Italien zu desertieren.

Bern, 20. Juli. Die eidgenössische Zeitung enthält folgendes Aktenstück:

„Der schweizerische Bundesrat, beschließt: Art. 1. Die politischen und militärischen Chefs, sowie auch die andern Hauptführer, welche sich bei dem neuerlichen Aufstande in Rheinbaben und im Großherzogthum Baden beteiligt haben und die soeben in der Schweiz angekommen sind, werden sofort aus dem Gebiete der Eidgenossenschaft ausgewiesen. Art. 2. Im vorliegenden ersten Artikel sind inbegriffen: a) Alle Diejenigen, welche Mitglieder einer provisorischen Regierung oder anderer derartiger Behörden gewesen sind, als: Ziz, Brentano, Struve, Goegg, Werner, Tickler; b) die militärischen Chefs, als: Louis Mieroslawski (Pole), Sigel, Doll, Mervy, Blenker, Willrich, Germain Metternich; c) andere Männer, welche eine höhere oder einflussreichere Stellung bei der Arme der Aufständischen eingenommen haben, und deren Namen der schweizerische Bundesrat später bekannt machen wird. Art. 3. Ferner sollen aus dem schweizerischen Gebiete ausgewiesen werden, die in dem Kreisschreiben vom 15. d. Mts. erwähnten Individuen als: A. Heinzen, Fr. Neff, Löwensels, G. Thielmann, und alle Diejenigen, welche an dem Einfall in das Großherzogthum Baden im September 1848 Theil genommen haben. Art. 4. Die kantonal-Behörden sind eingeladen, unverzüglich für Vollziehung dieses gegenwärtigen Beschlusses zu sorgen. Dieselben haben sich, um diejenigen Nachweisungen, deren sie bedürfen sollten, zu erhalten, an das schweizerische Justiz- und Polizeidepartement zu wenden. Sie werden den in Art. 2 und 3 oben erwähnten Individuen die erforderlichen Päss ausstellen, um sich damit nach Frankreich oder nach einem andern Staate, in welchem sie Sicherheit zu gewährten haben, begeben zu können. Die kantonalbehörden sind eingeladen, dem schweizerischen Bundesrat über die Vollziehung dieses Beschlusses Bericht zu erstatten. Gegeben in Bern, d. 16. Juli 1849.“ (Folgen die Unterschriften.) (Const. B.)

Luzern, den 16. Juli. Gestern reiste Sigel in Begleitung einiger Schicksalsgenossen von hier nach Bern ab, um sich mit dem Bundesrat wegen der Vertheilung und Ernährung der Flüchtlinge in den verschiedenen Kantonen zu besprechen. Er will später nach Luzern zurückkehren und gleichwie Brentano, Thibaum, Mördes, Reich und andere namhafte Flüchtlinge, seinen Aufenthalt in dieser friedlichen Alpengegend für längere Zeit wählen.

Basel, den 19. Juli. Der Bundesrat hat den Beschluss gefaßt, daß die politischen und militärischen Chefs, so wie die Hauptführer der Revolution in Baden und der Pfalz aus der Eidgenossenschaft auszuweisen seien. Als solche werden vor der Hand angegeben: Ziz, Brentano, Gögg, Struve, Werner, Louis Mieroslawski, Sigel, Doll, Mervy, Blenker, Willrich Metternich. Der früher erlassene Ausweisungsbefehl gegen Heinzen, Neff, Löwensels und Thielmann wird wiederholt.

### Italien.

Turin, den 18. Juli. Die Opinione versichert, daß der Friede zwischen Sardinien und Österreich abgeschlossen worden sei. Die Gazzetta di Genova meldet dasselbe. Der Beitrag soll den Titel „Traktat von Monza“ führen. Sardinien würde 52 Millionen Franken als Kriegskosten an Österreich bezahlen und zwischen beiden Ländern auf zehn Jahre ein Schutz- und Trutzbündniß bestehen. — Die Wahlen sind dem Ministerium in Turin nicht sehr günstig.

Rom, den 12. Juni. Rossi soll Minister des Innern sein. Maini hat das Ministerium des Außenfern nicht annehmen wollen. Corboli soll dasselbe angenommen haben. General Oudinet hat den Kardinal Gastracane empfangen. Kardinal Desi ist in Freiheit gesetzt. Ciceruacchio (Angelo Brunetti) sollte arretiert werden, aber er entkam und rettete sich zu Garibaldi. — Die innen Concordia vom 16. berichtet, daß die Wohnung des Nordamerikanischen Consuls Brown durch Französische Soldaten verlegt worden ist, welche daselbst eine Verhaftung vornehmen wollten. Die amerikanische Flagge hätte nicht geschüttet, die Gemahlin des Konsuls wäre insultirt und

einer der Beamten des Konsulates verwundet worden. Der Konsul habe darauf energischen Protest eingelegt, habe sein Wappen abgenommen und sei abgereist. Der Laden eines Schuhmachers soll geschlossen worden sein, weil das Schild den Namen „Giscoli Club“ enthielt. So heißt der Besitzer.

— Im Ganzen sind hier 7,854,564 Scudi (à 1 Rthlr. 13 Sgr. Preuß.) Papiergeld in Umlauf, darunter 3,054,564 Scudi von der provisorischen Regierung herrührend. Eine Proklamation Oudinots gibt das amtlich angenommene Verhältniß zwischen den Römischen und Französischen Münzen und: 1 Scudo = 5 Franken, 1 Paolo = 50 Centimes, 1 Bajocco = 5 Centimen. Das Französische Geld ist dabei bedeutend überschätzt, da ein Scudo 1 Rthlr. 13 Sgr., ein Französisches Fünfrankenstück aber nur 1 Rthlr. 10 Sgr. wert ist. Ferner hat Oudinot eine Kommission zur Regelung der Finanzverhältnisse und zur Übernahme aller Staatsgelder niedergelegt. Garibaldi's Corps steht in der Nähe von Narni; die 6000 Franzosen, die ihm nachgeschickt worden waren, sind wieder nach Rom zurückgekehrt.

— Es wird behauptet, die Französische Regierung habe eine Note an das Englische Ministerium gerichtet wegen des Benehmens des Englischen Consuls in Rom, Herrn Freeborn, der während der Belagerung ziemlich unverhüllte Partei gegen die Franzosen ergreifen haben soll und später den Häuptern der republikanischen Partei seinen Schutz angedeihen ließ. Ihm wird auch die Absaffung jenes von den feindlichen Consuln unterzeichneten Protestes gegen das angebliche Bombardement Roms zugeschrieben. — Das Benehmen der Französischen Truppen in Rom wird als musterhaft geschildert. — Aus Gaeta fehlen noch immer Nachrichten, die als zuverlässig bezeichnet werden können; über die zukünftige Verfassung des Kirchenstaates und über die Pläne des Papstes verlauten nur Gerüchte.

### Locales &c.

Posen, den 26. Juli. Auf der Stargard-Posener Eisenbahn betrugen die Einnahmen pro Januar bis ult. Juni 1849 für 96,913 Personen 79,450 Rthlr. 6 Sgr. 4 Pf.; für 320,777 Cir. 85 Pf. Güter 57,097 Rthlr. 11 Sgr. 2 Pf.; überhaupt 136,547 Rthlr. 17 Sgr. 6 Pf. Die Einnahmen pro Januar bis Juni 1848 betrugen für Personen 37,367 Rthlr. 22 Sgr. 7 Pf.; für Güter 28,582 Rthlr. 19 Sgr. 3 Pf.; zusammen 65,950 Rthlr. 11 Sgr. 10 Pf.; mithin pro Januar bis Juni 1849 mehr: für Personen 42,082 Rthlr. 13 Sgr. 9 Pf.; für Güter 28,514 Rthlr. 21 Sgr. 11 Pf.; überhaupt 70,597 Rthlr. 5 Sgr. 8 Pf.

### Berliner Börse.

	Den 25. Juli 1849.	Zinsf.	Brief.	Geld.
Preussische Feizw. Anleihe.		5	103 <i>1</i>	102 <i>1</i>
Staats-Schuldsehne.	5 <i>1</i>	5 <i>1</i>	5 <i>1</i>	95 <i>1</i>
Seehandlungs-Prämien-Scheine.	—	—	—	78 <i>1</i>
Kur- u. Neumärkische Schulversch.	3 <i>1</i>	—	—	—
Berliner Stadt-Obligationen.	5	100 <i>1</i>	—	—
Westpreussische Pfandbriefe.	3 <i>1</i>	—	86 <i>1</i>	—
Grossh. Posener	4	—	98	—
—	3 <i>1</i>	—	85 <i>1</i>	—
Ostpreussische	3 <i>1</i>	—	90 <i>1</i>	—
Pommersche	3 <i>1</i>	94 <i>1</i>	93 <i>1</i>	—
Kur- u. Neumärk.	3 <i>1</i>	94 <i>1</i>	93 <i>1</i>	—
Schlesische	3 <i>1</i>	92 <i>1</i>	92 <i>1</i>	—
v. Staat garant. L. B.	3 <i>1</i>	—	—	—
Preuss. Bank-Antheil-Scheine.	—	—	91 <i>1</i>	—
Friedrichsd'or.	—	13 <i>1</i>	13 <i>1</i>	—
Anderne Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	12 <i>1</i>	12 <i>1</i>	—
Disconto.	—	—	—	—

### Eisenbahn-Aktien (voll. eingez.)

Berlin-Anhalter A. B.	4	81 <i>1</i>	—
Prioritäts-	4	89 <i>1</i>	—
Berlin-Hamburger	4	70 <i>1</i>	70 <i>1</i>
Prioritäts-	4 <i>1</i>	94 <i>1</i>	94 <i>1</i>
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	57 <i>1</i>	—
Prior. A. B.	4	86 <i>1</i>	—
Berlin-Stettiner	5	97 <i>1</i>	97 <i>1</i>
Cöln-Mindener	3 <i>1</i>	—	85 <i>1</i>
Prioritäts-	4 <i>1</i>	—	94
Magdeburg-Halberstädter	4	—	132
Niederschles.-Märkische	3 <i>1</i>	—	76 <i>1</i>
Prioritäts-	4	—	88 <i>1</i>
III. Serie	5	97 <i>1</i>	97 <i>1</i>
B.	3 <i>1</i>	—	99 <i>1</i>
Rheinische	—	—	—
Stamm-Prioritäts-	4	—	—
Prioritäts-	4	—	—
v. Staat garantirt	3 <i>1</i>	—	—
Thüringer	4	54 <i>1</i>	—
Stargard Posener	3 <i>1</i>	—	76 <i>1</i>

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.  
Verantw. Redakteur: G. Henzel.

Eine gebrauchte Britschke oder leichtes Kabriolet wird zu kaufen gesucht Breslauerstr. No. 10. I Treppen hoch.

### Bürgergesellschaft.

Montag am 30ten Juli Konzert. Anfang 5*1* Uhr Abends.

Thermometer- u. Barometerstand, sowie Windrichtung zu Posen, vom 15. bis 21. Juli.	Thermometerstand	Barometer-	Wind-
15. Juli	+ 10,0°	+ 17,0°	27 3. 11. 22. NW
16. "	+ 10,0°	+ 15,3°	27 - 10,0 - NW
17. "	+ 11,2°	+ 12,2°	27 - 7,5 - SW
18. "	+ 10,0°	+ 15,7°	27 - 6,0 - W
19. "	+ 9,8°	+ 18,3°	27 - 7,3 - NW
20. "	+ 10,0°	+ 15,7°	27 - 6,0 - NW
21. "	+ 9,2°	+ 15,0°	27 - 8,3 - NW

Reiter begeben sich vom Bernhardiner-Platz und durch die Weidengasse nach dem Graben.